

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

21.12.2005

1812. Interpellation von Susi Gut betreffend Legislaturziel „Integration – Förderung des guten Zusammenlebens“, Strategien des Stadtrates

Am 6. Juni 2005 reichte Gemeinderätin Susi Gut (SVP) folgende Interpellation GR Nr. 2005/277 ein:

Nach dem Amtsantritt im Jahr 2002 hat der Stadtrat seine Legislaturziele verabschiedet. Im Kapitel „Integration – Förderung des guten Zusammenlebens“ dieser Legislaturziele hat der Stadtrat mitunter folgende Strategien formuliert:

- Aufbau einer Koordinationsstelle für Kulturdolmetscherinnen als wichtiger Baustein für die Hilfe zur Selbsthilfe.
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten für eine liberale Einbürgerungspraxis auf kommunaler Ebene. Entsprechende Initiativen auf kantonaler und Bundesebene.
- u.a.m.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategien hatte der Stadtrat zu Beginn der Legislatur zum Thema „Integration – Förderung des guten Zusammenlebens“ geplant?
2. Welche dieser Strategien wurden – auch wenn nur teilweise - erfüllt? Die Interpellanten bitten um eine detaillierte Darlegung der realisierten Strategien.
3. Was hat die Realisierung dieser Strategien in den letzten vier Jahren gekostet? Die Interpellanten bitten um eine detaillierte Angabe der Kosten und der jeweiligen Konti.

Auf den Antrag des Stadtpräsidenten beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Folgende Strategien hat der Stadtrat für die Legislaturperiode 2002 bis 2006 formuliert:

- Ausschöpfung aller Möglichkeiten für eine liberale Einbürgerungspraxis auf kommunaler Ebene. Entsprechende Initiativen auf kantonaler und auf Bundesebene.
- Ausbau der bisherigen Programme zur Sprachförderung sowie der bisherigen Programme im Schulbereich und der Weiterbildung. Gezielte Informations- und Motivationskampagne.
- Start einer „Deutschoffensive“ für Erwachsene. Breites Angebot an Deutschkursen auf verschiedenen Stufen und integriert in den konkreten Lebensalltag (z. B. Deutschkurse für Mütter im Rahmen des Schulprogramms QUIMS oder Projekt „Lernstadt“); wo immer möglich in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebenden.
- Aufbau einer Koordinationsstelle für KulturdolmetscherInnen als wichtiger Baustein für die Hilfe zur Selbsthilfe.
- Vernetzung mit dem Schwerpunkt „Lebensqualität in allen Quartieren“.
- Koordination von Know-How im Integrationsbereich: Förderung departementsübergreifender und überregionaler Zusammenarbeit.

Zu Frage 2: Folgende Strategien wurden (teilweise) umgesetzt:

- Aufbau einer Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzungen: Die Vermittlungsstelle *medios* nahm Anfang 2005 ihre Tätigkeit auf. Damit ist die Stadt Zürich Vorreiterin bei der Professionalisierung der interkulturellen Übersetzungsdienste. Dienststellen aus dem Bereich Gesundheit, Schule und Soziales können bei *medios* qualifizierte Personen mit über 60 unterschiedlichen Herkunftssprachen anfordern, welche nicht nur die

sprachlichen Hürden überbrücken, sondern auch bei kulturellen Verständigungsschwierigkeiten vermitteln. 2005 werden rund 4000 Einsatzstunden vermittelt. *medios* wird durch den Integrationskredit der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA massgeblich mitunterstützt.

- **Deutschoffensive:** Die breite Streuung eines Informationsprospektes über das öffentliche Deutschkursangebot hat zu einer regen Nachfrage bei der niederschweligen Deutschkursberatung der Integrationsförderung geführt. Besondere Anstrengungen wurden ferner unternommen, um die niederschweligen Quartierkurse näher an die Schule heranzuführen. Durch eine Verbesserung der Deutschkenntnisse können die Mütter ihre Schulkinder besser unterstützen und so zum Schulerfolg beitragen. Diese Kurse müssen noch näher an die Schule herangeführt werden. In den von der Integrationsförderung selber angebotenen Kursen lernen über 200 Frauen Deutsch.
- **Aktion Einbürgerung:** Im Frühjahr 2005 wurde die Aktion „Erleichterte Einbürgerung Jugendlicher“ gestartet. Junge Ausländerinnen und Ausländer zwischen dem 16. und 25. Geburtstag, welche die Voraussetzungen für eine erleichterte Einbürgerung erfüllen, erhalten während einem Jahr die Möglichkeit, in den Genuss einer reduzierten Gemeindegebühr zu kommen. Rund 10 Prozent der Zielgruppe zeigten Interesse und bisher haben rund 5 Prozent der Zielgruppe ein Gesuch gestellt.
- **Willkommensdienstleistungen der Integrationsförderung:** Im Zuge der Reorganisation der Fachstelle wurde ein neuer Schwerpunkt auf die Willkommensdienstleistungen für neu zugezogene Migrantinnen und Migranten gelegt. Im Stadthaus wurde ein Welcome desk eingerichtet, an dem Informationen über Integrationsangebote, spezialisierte Beratungsstellen, Aufenthaltsrecht und Familiennachzug, Migrationsorganisationen, fremdsprachige Dienstleistungen, Deutschkursangebote usw. erhältlich sind. Mit monatlich rund 50 interessierten neu zugezogenen Ausländerinnen und Ausländern werden in individuellen Integrationsberatungen zusätzlich eine Standortbestimmung gemacht und der Integrationsprozess thematisiert. Die Integrationsförderung lädt die neu aus dem Ausland zugezogenen erwachsenen Ausländerinnen und Ausländer mit einem dauernden Aufenthaltsrecht in Zürich zu einer Begrüssungs- und Informationsveranstaltung ein, die monatlich von rund 100 Personen besucht wird. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den lokalen Gegebenheiten bieten die Integrationskurse für Frauen, die jedes Semester von über 100 Frauen besucht werden. Neu werden auch Kursreihen für ein gemischtes Publikum ausserhalb der Arbeitszeit angeboten.
- **Integration im Quartier:** Aus der Sicht der einheimischen Bevölkerung zeigen sich Integrationsprobleme vor allem im Wohnquartier. Mit Mitteln aus dem städtischen Integrationskredit und Geldern aus dem eidgenössischen Integrationskredit konnten zahlreiche Projekte in den Quartieren unterstützt werden, welche konkret dem guten Zusammenleben im Quartier dienen. Im Rahmen dieser Angebote konnten vielfältige Begegnungsmöglichkeiten zwischen der einheimischen Bevölkerung und der Migrationsbevölkerung geschaffen werden. Eine stärkere Einbettung in die Anstrengungen zur Aufwertung von Quartieren muss noch erreicht werden.
- **Schwierigkeiten in der Integrationsförderung:** Obwohl das durchschnittliche Bildungsniveau der ausländischen Bevölkerung steigt und die Einwanderung aus der EU durch gut qualifizierte Arbeitskräfte geprägt ist, bleibt die Integration in den Arbeitsmarkt, insbesondere auch von ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern, wegen der angespannten Arbeitsmarktlage das Hauptproblem. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist ein flächendeckendes und günstiges Angebot an Deutschkursen. Die Steuerung und die Finanzierung des Deutschkursangebotes sowie die Entwicklung von entsprechenden Vereinbarungen mit den neu Zugewanderten ist die grösste Herausforderung der nächsten Jahre.
- **Asylpolitische Vorwärtsstrategie:** Anfang 2003 hat der Stadtrat in einem Manifest Grundsätze für einen neuen Umgang mit der Asylfrage veröffentlicht. Im Zentrum steht die Forderung, die Asyl Suchenden zum Nutzen der ganzen Gesellschaft zu beschäftigen.

Daraus ist das Gemeinnützige Einsatzprogramm GEP entstanden. Gegen Ende der Versuchsphase gehen nun rund 150 Asyl Suchende einer Tätigkeit nach, die in den Schulhäusern, in Spitälern und Altersheimen, bei der VBZ und im öffentlichen Raum Nutzen stiftet. Entschädigt werden die Einsatzwilligen mit einer Motivationszulage. Der Stadtrat hat sich mit der jährlichen Durchführung von schweizerischen Asyl- und Migrationskonferenzen gegen eine zunehmend ratlose und nur auf Repression setzende Asylpolitik gewehrt, welche Probleme und Kosten auf die Gemeinden verschiebt und vor allem die Kernstädte zusätzlich belastet.

Zu Frage 3: Die Umsetzung dieser Legislaturziele hat in den vergangenen Jahren folgende Kosten verursacht (Stand Abrechnung 6. Dezember 2005):

2003:

- Massnahmen zur erleichterten Einbürgerung von Jugendlichen Fr. 33 986.20 (Zentraler Kredit für Legislatorschwerpunkte, Konto Nr. 1060.3186.800)
- Asylkonferenz 2003 Fr. 15 568.95 (Zentraler Legislatorkredit)

2004:

- Massnahmen zur erleichterten Einbürgerung von Jugendlichen Fr. 7502.40 (Zentraler Legislatorkredit)
- Asylkonferenz 2004 Fr. 46 068.40 (Fr. 30 000.-- Sozialdepartement; Rest zentraler Legislatorkredit)

2005:

- Asyl- und Migrationskonferenz 2005 Fr. 42 840.70 (Legislaturkredit)
- Publikation Asylkonferenz 2004 und GEP-Film Fr. 23 371.95 (Legislaturkredit)
- Beitrag zum Aufbau *medios* Fr. 60 000.-- (Legislaturkredit)

Mitteilung an den Stadtpräsidenten, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten, die Fachstelle Stadtentwicklung Zürich (2) und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber